



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Plenarsitzungsdokument

1.7.2013

B7-0339/2013

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung

zur Bilanz des irischen Ratsvorsitzes, einschließlich der Einigung über den
MFR
((2012)2799(RSP))

Richard Ashworth
im Namen der ECR-Fraktion

RE\942125DE.doc

PE515.883v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bilanz des irischen Ratsvorsitzes, einschließlich der Einigung über den MFR (2012)2799(RSP))

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf die Artikel 295, 311 und 312 AEUV,
 - in Kenntnis des Vorschlags der Kommission vom 29. Juni 2011 und des geänderten Vorschlags der Kommission vom 6. Juli 2012 für eine Verordnung des Rates zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014–2020 (COM(2011)0398 und COM(2012)0388),
 - unter Hinweis auf die politische Einigung, die auf der Tagung des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar erzielt wurde,
 - unter Hinweis auf die politische Einigung, die auf dem Treffen der drei Präsidenten im Rahmen von Artikel 324 AEUV am 27. Juni 2013 erzielt wurde,
 - gestützt auf Artikel 110 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass der Rat nach Artikel 312 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren nach Zustimmung des Europäischen Parlaments einstimmig eine Verordnung zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) erlassen muss;
- B. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission sich gemäß Artikel 295 AEUV beraten und die Einzelheiten ihrer Zusammenarbeit einvernehmlich regeln und dass zu diesem Zweck eine interinstitutionelle Vereinbarung geschlossen werden sollte, um das Funktionieren des jährlichen Haushaltsverfahrens und die Zusammenarbeit zwischen den Organen in Haushaltsfragen zu verbessern;
- C. in der Erwägung, dass sich die Union gemäß Artikel 311 AEUV mit den erforderlichen Mitteln ausstatten muss, um ihre Ziele zu erreichen und ihre Politik durchführen zu können, und dass sie vollständig aus Eigenmitteln zu finanzieren ist; in der Erwägung, dass der Rat vor der Annahme eines neuen Beschlusses über die Reform der Eigenmittel das Parlament konsultieren und darüber hinaus die Zustimmung des Parlaments erhalten muss, bevor er eine Verordnung über Maßnahmen zur Umsetzung des Eigenmittelsystems annimmt;
1. begrüßt das Einigungspaket, das zwischen dem Europäischen Parlament und dem Vorsitz des Rates der Europäischen Union in umfassender Zusammenarbeit mit der Kommission in Bezug auf den Entwurf des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014–2020 und auf den Entwurf einer interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung geschnürt wurde;

2. ist sich deutlich bewusst, dass die Verhandlungen über den MFR 2014–2020 in einem sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld stattgefunden haben, in dem die Mitgliedstaaten erhebliche und ständige Anstrengungen zur Konsolidierung ihres jeweiligen Staatshaushalts unternehmen, und ist der Ansicht, dass die erreichte Vereinbarung eine pragmatische und realistische Reaktion auf die wirtschafts- und haushaltspolitischen Herausforderungen in allen Mitgliedstaaten darstellt;
3. stellt fest, dass die MFR-Obergrenzen lediglich einen Aspekt der künftigen Haushaltsplanung darstellen und dass effiziente und wirksame Ausgaben mindestens genauso wichtig sind; weist ferner erneut darauf hin, dass alle EU-Ausgaben auf die Regionen und Mitgliedstaaten ausgerichtet werden müssen, die ihrer am stärksten bedürfen, im Einklang mit dem Grundsatz der Gleichheit und Solidarität zwischen den neuen und alten Mitgliedstaaten;
4. vertritt in Anbetracht des makroökonomischen Umfelds und der Herausforderungen einer sich rasch ändernden Weltwirtschaft die Auffassung, dass bei einem Haushaltsplan mit weniger Mitteln mehr Flexibilität sowohl zwischen Rubriken als auch zwischen Haushaltsjahren notwendig ist, und ist der Ansicht, dass die erzielte Einigung hinreichend Gewähr für einen angemessen flexiblen Haushalt bietet, mit dem die Union unter Achtung der bereits vereinbarten Obergrenzen ihren Verpflichtungen nachkommen und sich den wandelnden Umständen und Prioritäten sachgerecht stellen kann;
5. begrüßt, dass das geltende Eigenmittelsystem im Anschluss an die einstimmige Einigung im Rat und gemäß den Vorrechten nach dem Vertrag unverändert bleibt; erklärt seine Bereitschaft, so rasch wie möglich eine Einigung über eine Verordnung des Rates zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zu dieser Vereinbarung zu erzielen;
6. nimmt hin, dass das zwischen dem Parlament und dem Rat vereinbarte Paket einen MFR mit einer Laufzeit von sieben Jahren enthält; bekräftigt seinen Standpunkt, dass es besser wäre, einen Finanzrahmen für maximal fünf Jahre aufzustellen;
7. betont deshalb mit Nachdruck, dass künftige Finanzrahmen ab 2020 eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren haben sollten, was mehr Flexibilität und eine bessere Reaktionsfähigkeit wie auch eine bessere Angleichung der Laufzeit des MFR an die Amtszeiten der Organe ermöglichen würde, wodurch auch die demokratische Rechenschaftspflicht und Verantwortlichkeit gestärkt würde; begrüßt in diesem Zusammenhang die Erklärung der Kommission, sie werde eingehender prüfen, ob sich ihre Vorschläge an die politischen Zyklen der Organe angleichen lassen;
8. stellt fest, dass die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament über die Legislativvorschläge zu den mehrjährigen Programmen in vielen Fällen im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens fortgeführt werden; legt beiden Legislativorganen nahe, ihre Tätigkeit so fortzusetzen, dass alle Ausgabenprogramme am 1. Januar 2014 anlaufen können und damit ein reibungsloser Übergang vom geltenden auf den neuen Rahmen stattfinden kann;
9. gibt seine Zusage, einen förmlichen rechtlichen Beschluss zum vereinbarten Paket zu fassen, sobald bestimmte technische rechtliche Elemente geklärt sind, die Gegenstand der Diskussion im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens sind und zu einem

späteren Zeitpunkt in die Verordnung zum MFR integriert werden müssen; bekräftigt seine Bereitschaft, seine förmliche rechtliche Zustimmung zu erteilen, sobald die besagten Aspekte geklärt sind, und betont, dass das am 27. Juni 2013 vereinbarte Paket nicht wieder aufgeschnürt wird;

10. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Europäischen Rat, dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie den anderen betroffenen Organen und Einrichtungen zu übermitteln.